

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Wochentags



Nr. 75

Freitag den 28. März 1919

36. Jahrgang.

Enthüllungen.

Berlin, 26. März. Die „Deutsche Ztg.“ veröffentlicht einige Briefe des Kaisers und des Kronprinzen aus den kritischen Novembertagen v. Js. Der Kaiser schrieb am 9. November an den Kronprinzen, daß er sich entschlossen habe, nach Holland zu gehen, nachdem der Feldmarschall gemeldet habe, daß er sich für die Sicherheit des Kaisers im Großen Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne und die Truppen nicht mehr zuverlässig seien. Er rate dem Kronprinzen, auf seinem Posten auszuharren. Unten 11. November schrieb der Kronprinz an die revolutionäre Regierung in Berlin, er habe den Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um das Meer in guter Ordnung in die Heimat zu führen. Wie sich die Regierung dazu stelle? Am 12. November traf aus Berlin die Antwort der Regierung ein, nach dem Vortrag des Kriegsministers Scheuch müsse die Regierung die Absicht des Kronprinzen ablehnen. Darauf legte der Kronprinz in einem Schreiben an Hindenburg den Oberbefehl nieder, wobei er bemerkte, er habe den Krieg von Anfang an als einen Verteidigungskrieg aufgefaßt und seit 1918 immer wieder verteidigend gegenüber betont, daß Deutschland den Krieg zu beenden suchen müsse unter Behauptung des Staats vor dem Kriege. Er sei der letzte, der sich einem freiwirtschaftlichen Ausbau des Staatsweins verschließen würde. Diese Auffassung habe er auch dem Prinzen Max von Baden kundgegeben. Trotzdem sei man über ihn als Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen, wogegen er protestiere.

Auf eine Anfrage der „Voss. Ztg.“ erklärte der frühere Kriegsminister Scheuch, die von der „Deutschen Ztg.“ veröffentlichten Berichte seien ihm bis jetzt ganz unbekannt gewesen. Die Regierung vom November habe an ihn keine Anfrage bezüglich des Kronprinzen gerichtet und er habe weder dem Reichskanzler Ebert noch der damaligen Regierung darüber einen Vortrag erstattet, die Anfrage des Kronprinzen an die Regierung sei ihm überhaupt nicht bekannt geworden, ebensowenig habe er bis heute von der Antwort der Regierung an den Kronprinzen etwas gewußt. In einem Brief an den Adjutanten des Kronprinzen habe er (Scheuch) auf dessen Anfrage sich dahin geäußert, daß er nie für eine Weile das Kronprinzen ins Ausland sich hätte aus-

sprechen können. Den Uebertritt des Kaisers nach Holland habe er für ein schweres Unglück angesehen.

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt, daß in der Sache noch weitere Enthüllungen zu erwarten seien.

(Die Angelegenheit dürfte wohl durch den in Bälde zusammentretenden neuen Staatsgerichtshof ihre Aufklärung erhalten. D. Schr.)

Neues vom Tage.

Aus dem Verfassungsausschuss.

Weimar, 27. März. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung wurde ein Antrag Kaufmann einstimmig angenommen, wonach in Artikel 19, Absatz 4 der Regierungsvorlage in folgende Fassung umgeändert wird: „Deutsch-Oesterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Einwohnerzahl entsprechenden Stimmenzahl. Bis zu der gesetzlichen Regelung haben die Vertreter Deutsch-Oesterreichs beratende Stimme.“ In der vorhergehenden Beratung hatte der Vertreter Deutsch-Oesterreichs, Dr. Ludo Hartmann, den Wunsch ausgesprochen, daß den Vertretern Deutsch-Oesterreichs Gelegenheit gegeben werde, bei der weiteren Beratung der Verfassung an den Sitzungen des Parlaments teilzunehmen zu können; hoffentlich seien die Verhandlungen bald soweit geführt, daß dies möglich wird.

Auf den Antrag des Abg. Vögeler (D. B.) in vom Reichsarbeitsminister folgende Antwort eingegangen: Die Reichsregierung ist bereit, dahin zu wirken, daß in den bevorstehenden Friedensvertrag eine internationale Vereinbarung über die Einführung des regelmäßigen achtstündigen Arbeitstags für die Arbeiter in industriellen Betrieben getroffen wird.

Die finanziellen Lasten des Reichs.

Weimar, 26. März. Reichsfinanzminister Schiffer hat laut „B. T.“ der deutschen Nationalversammlung eine größere Denkschrift über die Finanzen des deutschen Reiches in den Rechnungsjahren 1914—1918 zugehen lassen. Die gesamten laufenden Ausgaben des Reiches, einschließlich Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld, stellten sich vor dem Kriege im Rechnungsjahr 1913 auf etwa 2,4 Milliarden Mark. Die Reichsschuld

betrug zu jener Zeit nicht ganz 5 Milliarden Mark. Der Krieg hat die Schuld des Reiches um voraussichtlich mehr als 160 Milliarden Mark anzuheben lassen. Die laufenden Jahresausgaben um mehr als 12 Milliarden Mark gesteigert. Damit sind jedoch die Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege zu tragen hat, keineswegs erschöpft. Hinzu kommt noch der Steuerbedarf der Einzelstaaten und der Gemeinden und der sonstigen öffentlichen Körperlichkeiten. Der Gesamtsteuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden wird sich in Zukunft auf 19 Milliarden Mark, gegen 5 Milliarden vor dem Kriege stellen.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Berlin, 27. März. Die Zusammenfassung der deutschen Akten zur Vorgeschichte des Krieges ist abgeschlossen worden. Ihre Veröffentlichung ist im Laufe des Monats Mai zu erwarten.

Berlin, 27. März. Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist der Charlottenburger Bürgermeister Dr. Maier in Aussicht genommen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 27. März. General Dubaut ist von Swao für längere Zeit nach Paris abgereist. In seiner Abwesenheit dürfen keine Sitzungen stattfinden.

Nach Mitteilung des französischen General d'Esperey, des Oberkommandierenden der Orientarmee, befinden sich 12000 Deutsche in Konstantinopel, 2000 deutsche Militärs und 200 Zivilpersonen in Odessa und 9600 deutsche Militärs sowie 200 Zivilpersonen in Nikolajewsk. Die Zahl der in Port befindlichen deutschen Truppen kann nicht genau festgestellt werden. Ende Januar wurden 11000 Deutsche als dort befindlich gemeldet. Nach Angabe der britischen Admiralität sollen für die Heimbeförderung der Deutschen aus dem Schwarzmeer-Gebiet, von denen bereits 10000 nach Hamburg unterwegs sind, 7 deutsche Schiffe verwendet werden. Außerdem sollen 7 österreichisch-ungarische Dampfer für die Heimbeförderung der Deutschen aus der Türkei und Südrussland verwendet werden.

Mit der Heimbeförderung der deutschen Zivilpersonen aus Ostafrika ist begonnen worden.

Eine Klärung des Marshalls Foch.

Berlin, 27. März. Ausländische Blätter haben

Wie ist das zugegangen?

Erzählung nach einer wahren Anekdote von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Der alte Baron von Salbern hatte für seinen Sohn auch bereits eine Gattin bestimmt und war noch viel weniger geneigt, einen einmal gefaßten Plan wieder aufzugeben.

So war denn die Lage des jungen Barons an der Tafel nicht zu beneiden, da der Oberst Grubenikow die Gelegenheit weidlich benutzte, jeden Augenblick auf sein Verhältnis zu der schönen Schauspielerin anzuspielen und zwar mit Worten, die garnicht mißzuverstehen waren und auch von dem Bankier nicht überhört werden konnten wenn er sich auch so stellte, als höre er garnichts davon.

Endlich war das Diner beendet, die Gäste des Salbernschen Hauses begaben sich in die anstößenden Zimmer, um den Kaffee einzunehmen, zu rauchen oder sich zu einem Spiel niederzulassen. Hier und da entspann sich auch eine angeregte Unterhaltung und was war natürlicher, daß man in diesem Kreise unter anderem auch auf die ersten Schönheiten der Hauptstadt zu sprechen kam.

Der alte Baron von Salbern wurde auch mit hineingezogen und sollte sein Urteil abgeben, welcher Dame er in Petersburg den ersten Preis für Schönheit zusprechen würde. Er erklärte sich sofort für die Gräfin Alexandrine Orloff. Andere wieder, besonders Oberst Grubenikow, stimmten für die Schauspielerin Ninon.

Wieder sah der Oberst die Gelegenheit gegeben, sich an dem jungen und begünstigten Mitbewerber um die Gunst der Schauspielerin Ninon zu rächen. Er rief sofort:

„Herr Baron, ich glaube wir können es am Besten durch Ihren Sohn entscheiden lassen, wer recht hat, denn er zählt doch zu Ihren intimsten Bekannten, wie ihm

in Alexandrine Orloff noch sehr gut bekannt sein dürfte.“

„O, der Streik, wenn wir es so nennen wollen, ist leicht entschieden,“ sagte Viktor von Salbern, ohne sich lange zu bestimmen, denn er merkte sehr wohl, daß ihm der Oberst nur eine Falle stellen wollte, damit er sich zu einer unbedachten Aeußerung hinreißen lasse. „Gräfin Alexandrine Orloff ist nach meiner Meinung die schönste Dame der Petersburger Gesellschaft.“

„Ist das Ihre wirkliche Meinung?“ lächelte der Oberst verschmitzt.

„Warum zweifeln Sie daran,“ entgegnete Viktor von Salbern erköhlt. „Können Sie daran zweifeln, daß ich das reine seelenvolle Auge der Gräfin Orloff den herausfordernden Blicken der Ninon vorziehe?“

„Wie, Sie werden zum Dichter, Herr Baron, das klingt ja fast als hätten Sie schon recht, recht tief in die Augen der Gräfin geschaut.“

„Das muß nicht unbedingt der Fall sein, Herr Oberst. Ich bestreite garnicht, daß die Ninon schön ist — sehr schön, wenn Sie es hören wollen, aber um ihre Schönheit voll zur Geltung zu kommen, mangelt ihr einer der höchsten Reize — das Nichtbewußtsein ihrer Schönheit.“

„Ah, und — die Gräfin dieses Jaubet?“

„Nach meiner Ueberzeugung hat sie ihn. Die Gräfin besitzt diesen Jauber im vollen Umfange. Unbewußt hebt sie das Schimmernde aus, daß so himmlisch schön ist — ihr Lächeln ist so unschuldig, ihr Blick so unbesonnen und unschuldig, daß man sofort erkennen muß, daß man eine Schönheit vor sich hat, der es nicht an Herzensbildung mangelt und sie dadurch den Namen einer wirklichen Schönheit verdient.“

„Und die Ninon?“

„Herr Oberst, die Ninon ist in sefter Linie Schauspielerin und schon dadurch mehr wie jede andere Gattin, ihre Schönheit den Menschen gegenüber zur Ver-

tung zu bringen. Jede ihrer Handlungen und Bewegungen ist berechnet und daher bei dem unbesangenen Beobachter von anderer Wirkung. Sollten Sie das noch nicht empfunden haben?“

„So tief habe ich mich noch nicht in das Weien der Ninon versenkt und bei der Gräfin Alexandrine hatte ich noch weniger Gelegenheit ihr wahres Wesen zu studieren. Sie sind jünger und daher für dergleichen tiefergründige Unterscheidungen maßgebender.“

„Sie wollten ja mein Urteil hören, Herr Oberst, warum sollte ich da zurückhalten. Ich kann mich kurz dahin aussprechen: Beide Damen sind schön — sind Perlen ihres Geschlechts, Ninon ist die Perle, welche elegant gefaßt am besten in den Schmuckkasten eines Zumeister-paß, dort prangt und begehrtliche Blicke auf sich lenken soll; die Gräfin Alexandrine ist aber nach meiner Ueberzeugung eher eine Perle, die wohl auch im Lichte u reinstem Glanze strahlt, die aber doch nicht so zur Schau gestellt sein will — so halte ich Sie denn auch für die Schönste unter den Petersburger Damen.“

„Ha, ha, ha!“ lachte der Oberst boshaft. „Sie erheben sich, werden zum Dichter — ja, da muß man Ihnen schon zustimmen, schon aus Mitleid für Ihre Lunge, denn Sie haben sich wirklich aus dem Atem gehalten.“

Der alte Baron, der diese Unterhaltung zwischen seinem Sohn und dem Obersten ohne ein Wort zu sagen mit angehört hatte, schallte nur leise vor sich hin. Die Worte, die hierbei gefallen waren, hatten ihn köstlich amüsiert. Als sich der Oberst dann aber einige Minuten entfernt und er sich mit seinem Sohne alleine befand, ergab er denselben zu sich auf ein Sofa, in welches er sich selbst behaglich zurücklehnte und sagte, dann:

„Wir sind jetzt alleine Viktor, ich muß einige Worte mit Dir sprechen. Ich kann Dir mit wahren Vergnügen sagen, daß ich entsetzt habe, wie Du anfangst zu verleugnen zu kommen —“



Der ewige Herr Konstantin von Slobodkin mit sich auf mitteilte, wonach die Friedenskonferenz sich nicht auf Verhandlungen mit der deutschen Abordnung einlassen werde. Die Deutschen müssen sich damit begnügen, den ihnen von den assoziierten Regierungen vorliegenden Friedensvertragsentwurf entweder anzunehmen oder abzulehnen. Daraufhin hat der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger am 19. März in Spaas eine Anfrage stellen lassen, in welcher Auskunft darüber verlangt wurde, ob die erwähnte Forderung den Tatsachen entspreche. Am 26. März ist von Marschall Hoch in Spaas folgende telegraphische Antwort eingegangen: Die Herren Lloyd George und Bichon haben niemals die Erklärungen abgegeben, welche ihnen zugeschrieben worden sind und welche die Anfrage veranlaßt haben.

Die Lebensmittellieferungen.

Hamburg, 26. März. Der Dampfer „Tannenberg“ ist von Nowgorod mit 15 000 Kisten Fleischkonserven angekommen. Ferner trifft ein weiterer Dampfer mit 18 000 Kisten Heringen hier ein, die nach Dresden verladen werden. Ein 3. Dampfer hat 15 000 Kisten und Kisten Fischkonserven und Heringe an Bord, die sich Warschau bestimmt sind.

Hamburg, 27. März. Bis jetzt sind 27 Dampfer aus deutschen Häfen nach England in See gegangen.

Der Generalstreik.

Berlin, 27. März. Trotz der eifrigsten Werbung ist der für den 26. März von den Spartakisten in Aussicht genommene Generalstreik nicht zustande gekommen.

Berlin, 27. März. Wie die „Börzenzeitung“ meldet, hat die Bezirksversammlung Halle der Vertrauensleute der Bergarbeiterverbände die Urheber des mitteleuropäischen Generalstreiks als gewissenlose politische Trahzister bezeichnet. Sie nahm mit 61 gegen 9 Stimmen eine Entschließung an, in der festgestellt wird, daß die Delegierten der in Halle abgehaltenen Konferenz geblöht belogen und betrogen worden seien.

Magdeburg, 27. März. Die „Magdeburgische Zeitung“, der „Zentralanzeiger“ und der „Generalanzeiger“ in Magdeburg konnten am Mittwoch Morgen wegen eines plötzlich unter Tarifbruch ausgebrochenen Streiks der Hilfsarbeiter nicht erscheinen. Die Ausständigen haben die Stilllegung des Betriebs der „Magdeburgischen Zeitung“ und des „Generalanzeigers“ erzwungen.

Magdeburg, 27. März. Spartakisten führten in Tangernünde einen im Hafen liegenden Schleppzug mit Proviant, der für den Grenzschutz bestimmt war und plünderten die Schiffe aus. Verbeigerufenes Militär wurde mit Schüssen empfangen. Darauf machten die Truppen ebenfalls von ihrer Waffe Gebrauch. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Den Truppen gelang es schließlich, den Hafen zu nehmen.

Nachspiel zum Generalstreik.

Berlin, 27. März. Laut „Berliner Lokalanz.“ sind gegen Oberleutnant Marloth, den Führer der Regimentskassabanden, die vor einiger Zeit in der Kassenkassette der Kollonarmee in Berlin Matrosen handwuchlich erschossen, in letzter Zeit zahlreiche Anschuldigungen erhoben worden. Wie verlautet, hat Oberleutnant Marloth das Material der gegen ihn gerichteten Angriffe der Staatsanwaltschaft übergeben und ein Vergehen gegen sich selbst beantragt. Er dürfte sich nur vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 27. März. Die Polen griffen den Bahnhof Bdan und den dort gerade befindlichen Abendzug in drei Gruppen an. Sie wurden abgewiesen. Bortage des Gegners werden wieder von verschiedenen Teilen der polenischen Front gemeldet.

Die gekempelten Notizen.

Wien, 27. März. In Deutsch-Oesterreich haben

die Banknoten gesetzliche Zahlkraft. In besonderen Fällen kann der Staatssekretär für Finanzen die nachträgliche Stempelung bewilligen, wobei eine Gebühr von 1 Prozent erhoben werden kann.

Der neue Umsturz in Ungarn.

Wien, 27. März. (Wien Kor.-Bur.) Nach Meldungen aus Strig und Stanislaw vom 24. März ist zu schließen, daß die von der Moskauer Sowjetregierung verbreitete Nachricht von einer bolschewistischen Revolution in Oszgalizien nicht auf Wahrheit beruht.

Budapest, 27. März. Gegenüber der Behauptung der Entente-Kommission, die Anordnung betr. die vorläufige Militärgrenze durch den Besatzungsgeneral sei in Ungarn falsch aufgefaßt worden, erklärt die frühere Regierung, davon könne keine Rede sein. Der Befehl der Verbündeten sei sehr klar und bestimmt gewesen.

Paris, 27. März. Es verlautet, die Verbündeten haben ein bemessenes Einschreiten in Ungarn beschlossen. In Matjele herrscht lebhafteste Tätigkeit, da von dort aus die Truppen verschifft werden sollen. General Mangin ist zum Oberbefehlshaber der Armee für Ungarn ernannt worden.

Zürich, 27. März. Der „Secolo“ in Mailand meldet, daß an der italienischen Front größere Truppenmassen nach Rumänien überführt werden. Die Adria-Häfen sind seit Montag Mitternacht gesperrt.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 27. März. Der Rat der fünf Großmächte hält keine eigentlichen Sitzungen mehr ab, sondern befaßt sich in der Hauptsache mit der Schlichtung militärischer Fragen. Die Verhandlungen werden nur von Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando geführt. Japan ist nicht vertreten. Wilson hofft auf diese Weise schneller zum Ziele zu kommen; er soll sich äußerst unzufrieden über die seitliche Verwickelung geäußert haben. Wie verlautet, soll die Rheinprovinz deutsch bleiben, aber zur Sicherung Frankreichs dürfen dort keine Besatzungen und Truppenstandorte gehalten werden. Trotz des Widerspruchs Frankreichs haben Wilson u. Lloyd George darauf beharrt, daß am Rhein kein Zwischenstaat, der von Deutschland unabhängig wäre, errichtet werden dürfe.

Haag, 27. März. Die italienische Gesandtschaft teilt mit, daß die Nachricht Reuters, die italienischen Delegierten auf der Friedenskonferenz haben beschloßen, sich von der Konferenz zurückzuziehen, wenn Fiume nicht den Italienern zugewiesen werde, grundlos sei.

Rotterdam, 27. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Die Friedenskonferenz hat so gehandelt, als ob ihre ausführende Macht unbeschränkt sei. Das ist sie aber nicht, namentlich in Osteuropa gleich null. Je mehr Zeit vergeht, desto mehr vergeht die Autorität der Friedenskonferenz. Wenn schließlich der Friedensplan fertig sein wird, werden die Deutschen ihn nicht annehmen und er wird dann vielleicht noch als Kriegsprogramm dienen können, das mit Gewalt durchgesetzt werden muß.

London, 27. März. Der Pariser Korrespondent der „Times“ berichtet, daß Lloyd George am vergangenen Freitag Abend plötzlich eine scharfe Rede gegen verschiedene französische Zeitungen gehalten habe, die seine eigenmächtige Haltung in der Polenfrage kritisiert hätten. Lloyd George warf einigen Anwesenden vor, daß sie aus der Schule geplündert hätten, drohte mit Verlegung der Friedenskonferenz nach einem neutralen Land und verlangte schließlich eine Unterjochung des Ursprungs des Vertrauensmissbrauchs, sowie Maßregelung der Journalisten, die sie veröffentlichten.

Zürich, 27. März. Nach der „Ag. Stefani“ soll der Ausschuß der Verbündeten die italienischen Ansprüche auf Fiume anerkannt haben.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Paris, 27. März. (Havas.) In der Kammer führt Minister Pichon über die russische Politik u. a. aus: Wir haben Rußland nicht den Krieg erklärt, sondern wir kämpfen nur gegen diejenigen, die sich unter Verletzung aller Geetze der Gewalt bemächtigen. Unser Kampf gilt dem Bolschewismus. Wir und unsere Verbündeten sind die wahren Freunde Rußlands. Im Rumangebiet ist die Lage seit mehreren Monaten gleich geblieben. Im Gebiet von Archangel haben die Bolschewisten unter Führung deutscher Offiziere eine geschickte Offensive aufgenommen. Es stehen dort ungefähr 13 000 Engländer, 6000 Amerikaner, rund 2500 Franzosen, 1500 Italiener und ungefähr 12 000 Russen. In der sibirischen Gegend bessert sich die Lage der unter dem Befehl des Admirals Koltshak stehenden Truppen von Tag zu Tag. Koltshak ist Anhänger der russischen Einheit und hat sich mit großer Deutlichkeit für die verfassungsmäßige Regierung ausgesprochen. Bei Samara sind bolschewistische Truppen eingeschlossen. Im Süden scheint der bolschewistische Vormarsch zum Stillstand gekommen zu sein. In Transibirien stehen 66 000 Tschecho-Slowaken, 12 000 Polen, 5000 Russen; eingerechnet die Streitkräfte der Alliierten insgesamt 218 000 Mann. In Südrußland wurde die Aktion der Alliierten den Franzosen übertragen. Infolge der starken Angriffe der Bolschewisten mußte Cherson schon zu Anfang dieses Monats geräumt werden, wobei sich die Deutschen mit den Bolschewisten verbrüderten. Die Lage in Odessa ist äußerst schwer, so daß General Franchet d'Esperey sich an Ort und Stelle begab. Ebenso unsicher ist die Lage in der Ukraine, wo die Bolschewisten Charkow genommen haben.

London, 27. März. Dem Unterhaus fragte Croft, ob die Regierung auf Meldungen aufmerksam gemacht worden sei, denen zufolge in Schweden durch Bolschewisten Ententegegner zu revolutionären Zwecken verteilt werden und ob alle bekannten russischen Bolschewisten aus Großbritannien entfernt werden. Bonar Law bejahte beide Fragen. Die britische Regierung habe erfahren, daß von den russischen Bolschewisten sehr große Summen für die Propaganda im Ausland zur Verfügung gestellt werden. Harmsworth teilte mit, die Führer der Bolschewistenbewegung in Rußland seien auf drahtlosem Wege verständigt worden, daß sie für jede Mißhandlung britischer Gefangener persönlich verantwortlich gemacht werden.

Sozialisierung in Ungarn.

Budapest, 27. März. Der revolutionäre Arbeiter-Rat erließ eine Verordnung, derzufolge die Arbeiter alle diejenigen industriellen, handwerklichen und Verkehrsbetriebe, deren Zahl am 23. März 1919 20 übersteigt, unter die Kontrolle der Arbeiterschaft und unter gemeinschaftliche Leitung stellen. Die derartig übernommenen Betriebe werden durch vom Volkskommissariat für soziale Produktion ernannten Kommissare geleitet. Entsteht zwischen dem Arbeiterrat des Betriebs und dem Produktionskommissar desselben eine Meinungsverschiedenheit, so hat der Arbeiterrat sich im Sozialverderweg an das Volkskommissariat für soziale Produktion zu wenden, dessen Entscheidung bindend ist.

Sozialisierung in Böhmen.

Prag, 26. März. Vizekonsul Schwarz ist nunmehr gegen Sicherheitsleistung aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Untersuchung geht weiter. In der Nationalversammlung ist gestern ein Gesetzentwurf angenommen worden, wonach der Reingewinn von Einzel- und Aktienunternehmungen, die mehr als 60 Personen beschäftigen, zwischen Unternehmern und Angestellten zu gleichen Teilen geteilt werden soll. Das Gesetz soll bis Ende 1930 gelten.

Paris, 27. März. Der Nationalrat der französischen Arbeiterverbände erklärte sich einstimmig für einen Bund, wie er in England in dem „Treiband“ geschaffen ist. Die Vertreter der 265 000 Eisenbahner drohten mit dem Generalstreik, wenn der Achtstundentag bis 1. Mai nicht bewilligt sei.

Unter den Kommunisten.

Eine Erzählung aus der Pariser Revolution.

(Nachdruck verboten.)

Es war ein heißer Julitag des Jahres 1885 gewesen, der über dem Häusermeer von Paris brütend gelegen und selbst die mächtigen Fontainen des Konfordinenplatzes eine so hohe Temperatur gegeben hatte, daß ihre reichen Wasserstrahlen nicht mehr zur Erfrischung dienen konnten. Der Abend endlich hatte etwas Kühlung gebracht, und die frische Luft, die von den Ufern der Seine herüberwehte, sog ich begierig ein, als ich promeniierend ohne bestimmtes Ziel am Quai d'Orsay dahinschlenderte. Einen Augenblick blieb ich vor den öden Trümmern des Palais du Quai d'Orsay stehen, das, im Jahre 1871 von den Kommunisten mit Dynamit und Petroleum bis auf die Umfassungsmauern zerstört, im jülichernden Mondschein wie eine alte Ritterburg voll Romantik und Soul ausah.

„Das ist ja ein herrlicher Zufall, daß ich Sie hier sehe,“ rief plötzlich eine Stimme hinter mir. „In Ihnen habe ich sicher den Mann gefunden, der nach dieser fürchterlichen Hitze ein Maß köstliches deutsches Bier mitbringt!“

Ich blinnte überrascht um; es war der Pariser Korrespondent einer großen deutschen Zeitung, Doktor v. C., der als geborener Wiener während der Belagerung von Paris unter dem Schutze der österreichischen Botschaft in Paris geblieben war, und mit dem ich während meines Pariser Aufenthaltes viel verkehrte.

„Herzlich gern!“ erwiderte ich und schlug in die dargebotene Rechte ein. „Sie haben mir aus der Seele gesprochen, sie kennen die Quellen besser als ich, führen Sie mich!“

„Sie waren ja ganz versunken in den Anblick dieser Trümmer!“ meinte der Doktor, indem wir weiterstritten. Ich nickte. „Warum in aller Welt baut man das Gebäude nicht wieder auf?“

„Es soll ein mons lokal, eine Warnung vor der sozialen Revolution sein,“ lachte mein Freund. „Sehen Sie, diese sinnlose Verwüstung gibt das wahrste Bild der Kommunisten, sie haben gehaust im schönen Paris, wie es noch kein Landesfeind gelast hat. Sie hätten das sehen müssen, was ich damals unter der Kommune erlebt habe!“

„Sie haben Recht,“ meinte ich, „man kann es dem Marquis Gallisset so abel nicht nehmen, wenn er diese Straßensoldaten später en masse erschießen ließ!“

Mein Begleiter zuckte die Achseln. „Ich kann Ihnen darin doch nicht rüchhaltlos zustimmen,“ sagte er, indem wir über den Pont Royal schritten, „der Marquis Gallisset soll doch, wie man erzählt, bei dieser allerdings einfachen Prozedur auch manchen weniger Schuldigen haben erschießen lassen. Ich beispielsweise kenne einen Kommunisten, um dessen Leben es schade gewesen wäre, und doch ist er als Kommuneführer kaum dem Tode entgangen. Sie sollen den Mann kennen lernen, und zwar noch heute; er heißt Chevrier, wohnt auf dem Boulevard des Capucines, und man trinkt bei ihm das beste Münchener Bier. Ich erzähle Ihnen dann auch seine Geschichte, die fast ein Roman zu sein scheint!“

Wir bogen bei der Madeleine in das Menschengedänge der Boulevards ein. Vor einem der größten und glänzendsten Kaffees blieb der Doktor stehen. „Wie sind zur Stelle,“ sagte er, „sehen Sie dort drinnen den eleganten Herrn mit dem schwarzen Schnurrbartchen, den fremdblickenden Augen und der Ehrenlegion im Knopfloch, der dort mit der kleinen niedlichen Französin in dem schwarzen Atlaskleide spricht? Das ist unser Mann Chevrier, der ehemalige Kommuneführer, die Dame ist seine Gattin, Haus und Geschäft ist ihr Eigentum!“ Damit traten wir ein.

Ich machte ein sehr verdutztes Gesicht; von einem Kommunisten hätte ich eine etwas häßlichere Figur erwartet; am so gespannt war ich auf seine Geschichte,

auf die mich mein Freund, nachdem wir uns erst durch einen kräftigen Schluck des schäumenden Münchener gekostet, auch nicht lange warten ließ. Er begann:

„Wer vor den Kriegsjahren 1870 in Paris gelebt und keine Wohnung etwa im Quartier Latin oder in der Nähe gehabt hat, erinnert sich gewiß einer originellen Pariser Figur, die, bei Jung und Alt bekannt und beliebt, dem Fremden, wenn er sie zum ersten Male sah, auffallen mußte. Es war „Mutter Lisette“, die Gemüsehändlerin unter den Bäumen, die den großen Platz vor dem Invalidenhotel vor dem Quai d'Orsay trennen, eine typische Figur für die originellsten Vertreterinnen des Gemüse- und Fruchthandels, wie sie von Jahr zu Jahr mehr und mehr aus Paris verschwand. „Madame Lisette“, wie sie der Quaintumler schmeicheln zu nennen pflegte, war eine stattliche Erscheinung, das heißt sie war etwa fünf und einen halben Fuß hoch und etwa halb so breit; Taille sah sie schon seit Jahren nicht mehr zu besitzen, und das berbe Rattunfleisch mit der mächtigen blauen Lappschärze darüber war nicht dazu geeignet, ihren Wuchs vorteilhafter hervorzuheben.

Ihre vierjährige Gestalt, ihre tiefe Bakstimm, so wie die nervigen braunroten Arme schienen genügend, um den herumlungelnden Pariser Lumpen und Straßensoldaten den nötigen Respekt vor ihrer Person einzuschleusen. Trotzdem sie die Sechzig bereits weit überschritten hatte, besaß sie doch eine kleine Steltheit, nämlich die, sich stets mit Blumen zu schmücken; im Sommer trug sie stets ein frisches Bouquet an der Brust, im Winter stets eine gemachte Blume. Und jedermann kannte die kleine Herzengeschichte aus der Vergangenheit Mutter Lisettes, die sich diese Gewohnheit knüpfte. Mutter Lisette war einst eine schmutze Dirne gewesen, die in rührender Liebe an einem braven Unteroffizier hing. Der Tag, an dem der Priester die Liebenden zusammenbrachte, kostete, war nicht mehr fern, als die Juli-Revolution 1830 ausbrach,

Die englische Arbeiterfrage.

London, 27. März. (Reuter.) Amtlich. Die Werftarbeiter-Konferenz hat beschlossen, ihren Mitgliedern die Annahme des Berichts der Kohlenkommission und Abstimmung über diese Frage zu empfehlen.

Der Bericht der Industriekommission schlägt die Errichtung eines Industriekollegiums vor und empfiehlt eine gesetzliche Höchstleistungswoche von 48 Stunden und gesetzliche Mindestlohnbeschränkung. Die Vertretung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sollen als zuständige Sprechorgane anerkannt werden.

Britisches Kapital in China.

London, 26. März. (Reuter.) Die britische Regierung gestattete die Teilnahme einer britischen Finanzgruppe an der Aufnahme von Anleihen in China. Durch die Geldgebervereinigung werden alle von China eingeräumten Handelsrechte usw. zusammengefasst und unter die beteiligten alliierten Staaten verteilt.

Die Lage in Ägypten.

Kairo, 27. März. (Reuter.) Der Befehlshaber der englischen Streitkräfte in Ägypten hat alle öffentlichen Versammlungen usw. verboten.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 26. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Ministerpräsident Scheidemann: Tögl. mehrten sich die Meldungen aus dem Ausland, in denen uns neue Erschwerungen in den Friedensbedingungen angekündigt werden zu dem Zweck, uns nach und nach durch eine Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland ein Ruf: tiefster Verzweiflung, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. In Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern, sie wollen bei Deutschland bleiben. Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, die nur Zukunft zu bieten hat, erlebt es, dass das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen täglich lauter und länger wird. Was von uns jemals nach ihrer (zu den U.S.A.) Meinung an Bergewaltigungen zugewandt wurde, reicht auch nicht annähernd an das heran, was unser Gegner uns gegenüber ausgeführt haben und noch ausführen wollen.

Aber nicht nur die äußerste Linke schwächt unsere Stellung vor dem erbitterten Feinde. Am letzten Sonntag fanden in Berlin Versammlungen gegen die Wiedereinnahme Westpreußens, Danzigs und des Saargebietes statt. Aber was geschah? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlung schon bezeichnend, dass sie die Ausführungen Erzbergers und Bernheims mit lärmenden Kundgebungen unterbrachen. Welche Kräfte in ihm wirklich politische Sabotage wollten, zeigte der sogenannte Nationalklub deutscher Offiziere. Diese Herren brachten es fertig, Heil Dir im Siegerkranz zu singen und durch Ausbringen von Kaiserhochs eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen. Wir lassen uns das Recht, gräßlichen Unrecht beim rechten Namen zu nennen, nicht nehmen, lassen aber ebenso wenig unseren Protest gegen Vergewaltigung zu chauvinistischen Treibereien umfächeln. Das was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewollt, aber in seinen Wirkungen war es Landesverrat. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorgänge vom Sonntag. Wir werden uns die heraufschwebenden neuen außenpolitischen Gefahren durch eine Handvoll Reaktionen nicht weiter gefallen lassen. Wir dulden das nicht. Stillschweigen wäre hier Missetat. Die Anwesenheit des Generals Ludendorff, bei diesen Vorgängen darf nicht leichten Herzens beurteilt werden. Ludendorff hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären das wir schnellstens einen Gesandtschaftsbesuch zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes im Hause einbringen werden.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über Mittelstand und Kleingewerbe.

Abg. Hermann-Reutlingen (D.D.P.): Die Antwort des Ministers Wiffel hat uns nicht befriedigt. Jetzt ist nicht die Zeit, die Kleinbetriebe durch Großbetriebe zu erdrücken, nur um der Theorie willen. Bei der Arbeitvergebung muß das Handwerk als eine besondere Sachgruppe berücksichtigt werden. Die soziale Fürsorge hat sich auch auf die Selbständigen zu erstrecken. Ich richte die Mahnung zu tatkräftiger Unterstützung des Mittelstandes nicht nur an die Regierung, sondern auch an die wohlhabenden Schichten, die am besten dazu imstande sind.

Abg. Dr. Hugo (D.D.P.): Meine politischen Freunde sind von den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers nicht befriedigt. Mit dem Abbau der staatlichen Zwangsorganisationen müßte schleunigst und ernstlich begonnen werden. Wir lehnen es auf das Entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinden den Kleinbetrieblern etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien und Fleischerereien, des Baugewerbes usw. Konkurrenz macht. Die weit verbreitete Arbeitslosigkeit hängt zu einem großen Teile zusammen mit der unzureichenden Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge. Die Sozialisierung hemmt die Erwerbsentwicklung der deutschen Wirtschaft.

Kommisar des Reichswirtschaftsamts Geh. Rat Leenderlenburg: Ueber die Einsetzung des Achthunderttags im Handwerk schweben zurzeit noch Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium, ebenso über die Kommunalisierung von Kleinwirtschaftsgruppen.

Abg. Hoy (U.S.P.): Der Untergang des Mittelstandes ist eine durch kein Wohlwollen und nicht einmal durch reaktionäre Maßregeln aufzuhaltende Tatsache. Hilfe kommt dem Mittelstand nur durch die Sozialisierung und Kommunalisierung, bei der alle Angestellten reichlich ihr Brot finden.

Abg. Eisenberg (Bayr. Bauernbund): Die Sozialisierung ist berechtigt beim Großbetrieb. Dem Mittelstand und das Kleingewerbe kann man unmöglich sozialisieren. Wir hoffen, daß auch dem neuen Deutschland der Mittelstand erhalten bleiben kann. Abg. Biehler (D.N.): Ängere Beschränkungen bleiben bestehen. Wir verlangen die Einrichtung einer besonderen Abteilung für das Handwerk und Gewerbe beim Reichswirtschaftsamtsamt. Damit schließt die Besprechung.

Die Vorlage auf einen Zutritt Württembergs zur Biersteuergemeinschaft wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso die Vorlage über die Bestimmung der Reichsbank für 1918.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr. In der nächsten Woche werden keine Sitzungen abgehalten werden.

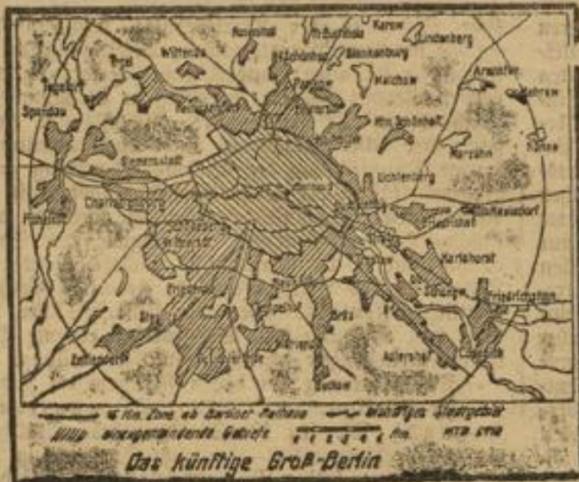
Handel und Verkehr.

Kurz- und Wochenbericht

des Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 18. bis 24. März 1919.

Westmark und Deutschlands Versorgung mit Futtermitteln. Bedauerlich ist, daß bei dem Brüsseler Abkommen der Wunsch Deutschlands auf Lieferung von 1 Million Tonnen Mais, angeblich wegen der Knappheit des Schiffsraums, abgelehnt wurde. Für das allmähliche Hochbringen unseres Viehlands wäre dieser Zuschuß sehr wertvoll gewesen. So wird man sich nach dieser Richtung zunächst damit begnügen müssen, daß bei der beschleunigten Herabsetzung der Ausfuhrung des fremden und inländischen Getreides auf 80 Prozent größere Mengen wertvoller Kleie unseren Futtermittelvergrößern. Von demnächst wäre Kleie billig zu kaufen. Durch die dort be-

stehende Schwierigkeit, Mais zu exportieren und im Hinblick auf die bevorstehende gute neue Maisernte beträgt der dortige Meißel nur zirka 75 Mk. pro Tonne nach der Friedensumrechnung (4,15 Papierpreis pro 100 Kilogramm). Wie im Vorjahre so wird jedenfalls auch diesmal der Mais drüben zum Verkauf vorzuziehen werden, denn er stellt sich zu diesem Zweck nicht nur als Kohlen oder Delfeuerung für Lokomotiven und sonstige Maschinen. Im Gegensatz zu der klauen Lage des Maisgeschäfts in Südamerika ist die Tendenz für diesen Artikel in den Vereinigten Staaten außerordentlich fest und die Preise sind in den letzten 10 Tagen zeitweise bis 25 Mark für die Tonne gestiegen. Die kleine amerikanische Maisernte (2583 Mill. Bushels gegen 3160 Mill. im Vorjahre) veranlaßt die großen Mäster ihren Jahresbedarf möglichst schnell zu decken, sobald alles, was von den Landwirten geliefert wird, verschwindet, ohne an die Märkte zu kommen. Die Vorräte bei den Farmern waren Anfang März mit 845 gegen 1293 Mill. Bushels vor einem Jahre nicht groß. Auch in Weizen waren die ursprünglichen Vorräte trotz der letzten großen Ernte mit 129,3 gegen 111 Mill. Bushels im Vorjahre nur mäßig. Dagegen enthalten die amtlich kontrollierten sichtbaren Weizenvorräte in den Vereinigten Staaten mit 111,6 gegen 78 und 52,8 Mill. Bushels in den beiden Vorjahren noch recht ansehnliche Ueberschüsse, die eine weitere gute Ausführbarkeit der Union gewährleisten.



Baden.

Karlsruhe, 27. März. Die bad. Nationalversammlung befaßt sich heute mit zwei Anfragen des Zentrums und der Sozialdemokratie über die Errichtung von staatlichen Kraftwagenlinien. Finanzminister Ricker teilte mit, daß ein Betrag von 3 100 000 Mk. für Beschaffung der Wagen, für die Errichtung von Werkstätten und Hallen sowie für die notwendig werdenden Straßenverbesserungen zur Verfügung bereitgestellt seien. Im ganzen seien 18 Kraftwagenlinien in Aussicht genommen. Die betreffenden Gemeinden werden einen einmaligen Zuschuß von 20 Prozent zu leisten haben. Der Tarif werde auf 10 Pfg. für den Kilometer festgesetzt. Zehn leichte Wagen seien bereits in Auftrag gegeben. Von den Abgeordneten wurden eine Reihe von Wünschen vorgebracht. Der Minister erwiderte, es werde nicht möglich sein, alle Wünsche zu befriedigen. Nächste Sitzung Freitag vorm. 9 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf betr. Volksabstimmung über die Wahlen für die Bezirksräte und die Kreisversammlung.

Karlsruhe, 27. März. Wie wir erfahren, ist die Volksabstimmung über das Verfassungsgezet und über die Frage, ob die Nationalversammlung als Landtag weiter tagen soll, auf 13. April festgesetzt worden. Die Bildung der Regierung wird voraussichtlich in der Sitzung der bad. Nationalversammlung am Dienstag, den 1. April stattfinden können.

Karlsruhe, 27. März. Der Kleinhandelsausschuß der hiesigen Handelskammer hat beschlossen, beim bad. Handelstag dahin vorstellig zu werden, daß die Messen und Jahrmärkte in den größeren Städten abgeschafft werden.

Mannheim, 27. März. Eine Straßenbahnerversammlung beschloß, wenn der Bürgerausschuß die Forderungen der Straßenbahner nicht vollständig annehme, am 1. April in den Streik einzutreten. Die Straßenbahner verlangen eine Jahreszulage von Mk. 1636. —, während die Stadt nur Mk. 1000. — bewilligen will.

Heidelberg, 27. März. Im Militärproviantamt wurden Lebensmittel, darunter Fleischkonserven, Kakao, Zimmt, Kaffee usw. im Wert von Mk. 7000. — gestohlen.

Pforzheim, 27. März. Der Krankenstand hat jetzt die Zahl 2000 überschritten. Gestorben sind 60 Typhusranke.

Offenburg, 27. März. Den Landwirten, die im unbefestigten Gebiet wohnen, aber im besetzten Gebiet Grundstücke haben, ist erlaubt worden, das besetzte Gebiet zur Bestellung der Felder zu betreten.

Ettlingen, 27. März. Nach dem Badischen Landmann hat eine früher beim Kommunalverband in Ettlingen tätig gewesene Frau Keller geb. Ladage aus Karlsruhe beim Kommunalverbande Waren und Gelder in Höhe von 12000 Mk. unterschlagen. Große Posten von Erbsenwädsche sind durch sie befreit geschafft worden.

Bom Bodensee, 27. März. (Ankunft der Schwerverwundeten.) Zum ersten Mal seit dem Waffenstillstand traf, wie gemeldet, ein Zug mit deutschen Schwerverwundeten, 6 Offiziere und 325 Mann, in Konstanz ein. Die Leute waren glücklich, wieder auf deutschem Boden zu sein. Sie beklagten sich bitter über die schlechte, grausame Behandlung und die schlechte Beköstigung in Frankreich.

Schönau i. W., 27. März. Eine stark besuchte Versammlung sprach sich gegen die Kammer der Fremden und für eine Einschränkung des Fremdenverkehrs aus.

St. Georgen, 27. März. Der neue Friedhof wird mit einem Aufwand von 100 000 Mk. als Waldfriedhof angelegt werden.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen nehmen noch weiter zu, nachdem der Hochdruck gegen Osten abgezogen ist. Am Samstag und Sonntag ist weiterhin bald aufsteigendes, bald besetztes und zeitweilig regnerisches Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Stuttgart, 27. März. (Zeitungsvorleser tag.) Der Verein Württ. Zeitungsvorleger hielt am Sonntag, den 23. März, hier unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wolf-Oberndorf eine aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich besuchte Hauptversammlung ab. Nach einem Vortrag von Direktor Esser-Stuttgart über die neue Papierpreiserhöhung, die ungefähr so hoch ist, wie früher der gesamte Papierpreis, sowie über andere den Zeitungsvorlegern aufs Neue entstandene Mehrkosten, wurde der Antrag des Vorstands

Marbach a. N., 27. März. (Besichtigungs-) Das Schotterwerk „Dora“ m. b. H. in Erdmannshausen ist nach dem „Postillon“ um den Preis von 125 000 Mk. in den Besitz der Herren Serpokolis und Klotz in Stuttgart übergegangen.

Großbottwar, 27. März. Die neue Glocke; Anstelle der beiden schönen Glocken der hiesigen Stadtkirche, die dem Krieg zum Opfer gefallen waren, wurde die neue Erbhöcker-Glocke von Meister Kurz in Stuttgart aus Kupfer und Zinn gegossen, feierlich eingeholt. Die Glocke trägt die Inschrift: Das Reich muß uns doch bleiben.

Heilbronn, 27. März. (Gegen den Streik.) Einbruchsdiebstahl.) Der A- und S-Rat Heilbronn hat sich mit 25 gegen 10 Stimmen gegen den Generalstreik ausgesprochen. Der Ortsverein des Verbands der deutschen Buchdrucker hat den Generalstreik einstimmig abgelehnt. — In ein juristisch unbewohntes Gerichtshaus wurde gewaltsam eingebrochen und eine größere Anzahl Damenbekleidungsstücke im Wert von etwa 10 000 Mark gestohlen.

Dauzdorf, 27. März. (Spende.) Wie schon während des Kriegs Graf Recheberg die Holzgeldschuldigkeit einer großen Anzahl bedürftiger Kriegsteilnehmer und deren Familien teilweise oder ganz nachgelassen hat, so hat er auch jetzt wieder den Patronatsgemeinden die Summe von 40 000 Mk. zwecks Unterstützung solcher Bedürftigen zur Verfügung gestellt.

Heidenheim, 26. März. (Abgefaßter Hamster.) Die Sicherheitskommission hat einem Hamster in vergangener Nacht ein Schwein, 5 Zentner Weizen und 2 Zentner Haber abgenommen und dem Kommunalverband überwiesen.

Ulm, 27. März. (Nichtigstellung.) Gegenüber den Zeitungsmeldungen von einer Kandidatur des früheren Finanzministers Dr. v. Pistorius für den Posten des Ulmer Oberbürgermeisters kann die Württ. Presse-Korrespondenz mitteilen, daß Staatsminister a. D. Dr. v. Pistorius nicht entfernt daran denkt, sich um diesen Posten zu bewerben.

Ulm, 26. März. (Städtevereinigung.) Die bürgerlichen Kollegien von Neu-Ulm (Bayern) sind in Erwägung über den Zusammenschluß der Städte Neu-Ulm und Ulm zu einem deutschen Gemeinweiser eingetreten. Dabei wurde die Frage offengelassen, ob der Anschluß an den Freistaat Bayern oder Württemberg erfolgen soll. Auch wurde als wünschenswert bezeichnet, daß das Vorstand der beiden Städte (etwa Bezirksamt Neu-Ulm und Bezirk Illerissen) dem gleichen Freistaat angehören. Die Stadt Ulm ist zu einer Vereinigung gleichfalls bereit, wünscht aber den Anschluß der bayerischen Teile an Württemberg, wofür nicht ein besonderes Freistaat Schwaben entstehen sollte. (Das in Frage kommende Gebiet gehörte früher größtenteils zur Reichsstadt Ulm.)

Ulm, 26. März. (Eisenbahnerlos.) Der von Rohrdorf, O.A. Horb, stammende am hiesigen Bahnhof angestellte Weichenwärter Ambros Teufel beim Rangieren zwischen die Buffer zweier Lokomotiven. Der 37jährige Mann, Vater von sieben Kindern, wurde schwer verletzt ins Krankenhaus verbracht, wo es gestorben ist.

Weingarten, 27. März. (Große Unterschlagungen.) Dieser Tage wurden große Unterschläufe durch die Schubpol entdeckt, in die die hiesigen hiesigen Proviantamtsinspektoren Abraham Moos, Albert Fuß, Franz Dschmann, Franz Josef Bittmann und der Viehhändler Franz Kold verwickelt sind. Heeresgut im Wert von mehreren 10 000 Mk. wurde ver-

Friedrichshafen, 27. März. (Für den Generalstreik.) In geheimer Abstimmung in den hiesigen Großbetrieben haben sich etwa 60 Prozent der Arbeiter für, 40 gegen den Generalstreik erklärt. antreiw.

Vermischtes.

Die neuen Reichspostmarken. Der Wettbewerb für die neuen Reichspostmarken, der vom Reichspostamt ausgeschrieben wurde mit der Pflicht, Erinnerungsmarken an die Nationalversammlung zu erhalten, hat im ganzen 4882 Entwürfe eingebracht. Von diesen erhielt u. a. einen zweiten und einen dritten Preis Hugo Frank in Stuttgart.

Die Offiziersverluste. Wie Generalleutnant v. Altrath in der „Bgl. Rundschau“ schreibt, sind im Weltkrieg über 63 000 Offiziere als tot oder verwundet geblieben. Der Offiziersverlust an Toten, Verwundeten und Vermissten übersteigt 153 000 und übertrifft damit den Gesamtverlust des ganzen deutschen Heeres an Offizieren und Mannschaften im Krieg von 1870/71 um etwa 23 000 Köpfe.

Abtuz eines Fahrstuhls. In der Dresdener Zigarettenfabrik „Denitz“ stürzte ein voll besetzter Fahrstuhl vom 5. Stockwerk in das Kellergerüst. Dabei wurden 6 Frauen getötet, und 29 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Man vermutet, daß die Welle, über die das Halteseil läuft, schodhaft geworden und gebrochen ist.

Lufschiffexplosion. In Chiasso ist das italienische Lufschiff „S 5“ explodiert. Drei Soldaten verloren dabei ihr Leben. Der Schaden beträgt 2 Millionen Lire. Das Lufschiff hatte während des Kriegs große Dienste geleistet.

Wanderung. In Oradow in der Mark plünderten 20 bewaffnete Räuber das dortige Rittergut vollständig aus.

Gegen den Eftellismus. Wie die Londoner „Daily Mail“ sind zwei Vögelstippen aus Moskau, ein Mann und eine Frau Ende Februar abgehandelt worden mit dem Auftrag, eine bolschewistische Verschwörung in Spanien zu gründen, um den Pariser Eftellismus während der Friedenskonferenz zu sprengen. Die beiden Verschwörer seien mit gefüllten Schwerkriegspistolen



mit Erhöhung der bisherigen Verkaufspreise zum 1. April angenommen. Sie beträgt für kleinere Lokalblätter 10 Pfennig, für mittlere und einmal täglich erscheinende größere Blätter 20 Pf. und für zweimal täglich erscheinende Blätter 30 Pf. monatlich. Von den Postbeziehern kann die erhöhte Gebühr nur für die Monate März und Juni nachgehoben werden. Der Vorstand der Dienststelle Stuttgart der Papier-Kriegswirtschaftsstelle, Direktor Terlich, gab einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Druckpapier-Herstellung. Ueber die Forderung der Zeitungsverleger an die staatlichen Behörden, die amtlichen Bekanntmachungen sämtlichen Zeitungen von einer bestimmten Auflagehöhe gegen Bezahlung des festgesetzten Zeilenpreises zu überweisen, und über die Amtsblattfrage entwickelte sich nach einem Referat des Herrn Kirchner-Göppingen eine ausgedehnte Aussprache. Eine Kommission wurde damit beauftragt, eine Denkschrift auszuarbeiten, die der Staatsregierung und den Vertretern des Zeitungswesens in der Landesversammlung übergeben werden soll. Die von einem besonderen Ausschuss vorgelegten Muster von Anzeigenpreis- und Rabatt-Tarifen, durch deren Einführung das Anzeigenwesen besonders bei den kleineren und mittleren Zeitungen in gesündere Bahnen gelenkt werden soll, fand allgemeine Zustimmung. Einmütig wandte sich die Versammlung gegen die beabsichtigte Verlegung der Dienststelle Stuttgart der Papier-Kriegswirtschaftsstelle nach München. Unterstaatssekretär Hilfer wünschte, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Presse vertrauensvoller werde als unter dem alten Regime. Es könne für die Regierung nur von Vorteil sein, wenn sie Gelegenheit finde, in allen die Presse berührenden Fragen mit einer Berufsvertretung zu beraten. Die gegenwärtige Regierung habe eine Presseabteilung geschaffen, der die Durchsicht sämtlicher württembergischen Zeitungen obliege. Dieser Stelle könne keine in den württ. Blättern enthaltene Anregung entgegen; sie werde sofort demjenigen Ministerium übergeben, für das sie Interesse habe. Seine kurze Tätigkeit als Regierungsmann habe keine alte, als Berufszeitungsmanu erworbene Ueberzeugung nur bestärkt, daß jeder Beamte eine möglichst umfangreiche Kenntnis des Zeitungswesens haben sollte. Er halte es geradezu für unerlässlich, daß jeder Verwaltungs- und Gerichtsbedienstete sich über ein praktisches Studienjahr an einer Zeitung ausweisen sollte, um für den höheren Staatsdienst geeignet zu sein. — So freimütige, tiefe und warmherzige Anteilnahme an allen das Zeitungswesen berührenden Dingen verratende Worte sind wohl selten von einem Staatsmann vor einer großen Versammlung von Zeitungsleuten gesprochen worden. Sie fanden denn

auch den herzlichsten Dank der Zeitungsverleger und allgemeinen württembergischen Beifall.

(*) **Stuttgart, 27. März.** Zum Generalfreik. Von städtischen Betrieben haben die Arbeiter im Gaswerk mit 161 gegen 88 Stimmen für den Streik gestimmt, ähnlich ist das Ergebnis im Elektrizitätswerk. Die städt. Berufsfeuerwehr will neutral bleiben. In den meisten Betrieben der Metallindustrie ergaben sich, lt. „Schwab. Tagwacht“, Mehrheiten für den Generalfreik. Das Bürgertum hat als Gegen demonstration einen allgemeinen Bürgerstreik vorbereitet. Alle Geschäfte sollen, wenn es zum Generalfreik komme, geschlossen werden, die Ärzte und Apotheken ihre Tätigkeit einstellen, desgleichen sämtliche Lebensmittelgeschäfte. — Im Daimlerbetrieb in Sindelfingen sprachen sich 1045 Stimmen für, 925 gegen den Generalfreik aus. — Der A. und S. Rat Feuerbach hat mit 18 gegen 8 Stimmen das „Aktionsprogramm“ des Einigungsausschusses abgelehnt.

Die Betriebsvertrauensleute der sog. Partei Groß-Stuttgarts fordern von der Regierung: Sofortige gesetzliche Sicherung der Betriebsräte; beschleunigte Vornahme der Gemeinderatswahlen; Beseitigung regierungsfeindlicher Beamten; ausreichende Versorgung der Arbeiterpresse mit Papier; entschlossene Wohnungsfürsorge durch Staat und Gemeinden; rücksichtsloses Zugreifen gegenüber allem Wucherer- und Spekulantentum; sofortige Durchführung der Gerichtsverhandlung gegen die Spartakusführer bei voller Verteidigungsfreiheit für die Angeklagten; fortlaufende öffentliche Berichte der Ausschüsse für Sozialisierung; Festlegung der Sozialisierungspflicht in der Verfassung; Sicherung ausreichender Löhne und des Achtstundentags; sofortige Verhängung staatlicher Kontrolle über die Industrie für Herstellung von Kleidung und Schuhwerk; erneute Prüfung aller Einrichtungen zur Lebensmittelverteilung.

Die Regierung hat diesen Forderungen zugestimmt

(*) **Stuttgart, 27. März.** (Fernhaltung d. des Zugugs.) Die für die Stadtgemeinde Stuttgart erlassenen Bestimmungen über eine Fernhaltung der zuziehenden Auswärtigen sind auf folgende Gemeinden ausgedehnt worden: Birkach, Botnang, Fellbach, Feuerbach, Hedelfingen, Hofen, Kallental, Mähringen, Münster, Obertürkheim, Plieningen, Rohrdorf, Schmiden, Sillenbuch, Vaihingen a. F.

(*) **Stuttgart, 27. März.** (Schubpol.) In Ludwigsburg wurden mehrere Jenner Tabak auf dem Wiererbahnhof beschlagnahmt, die unter falscher Angabe nach Singen aufgegeben waren. Der Nebenstelle Teutkirch gelang es, ein im Dezember 1918 aus Karlsruhe entwendetes vollständig neues Forderflugzeug

im Wert von ungefähr 40 000 Mark ausfindig zu machen und zu beschlagnahmen. Das Flugzeug befand sich auf einem abgelegenen Hof in der Nähe von Teutkirch, wohin es seiner Zeit von Karlsruhe auf dem Luftweg gebracht wurde.

(*) **Stuttgart, 27. März.** (Lebensmittelwucher.) Dörrroß, das vor kurzem für den Handel freigegeben wurde, wird jetzt zu 6 und 7,50 Mk. verkauft. Der Preis hat sich also in drei Wochen verdoppelt.

Die deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) gegen den Generalfreik.

Der engere Landesauschuss der Deutschen Gewerksvereine Württembergs und die Vertrauensleute befassten sich in einer Sitzung am 26. März mit der Frage des Generalfreiks, wobei folgende Entschliessung gefasst wurde:

Der Generalfreik ist die schärfste, aber auch die gefährlichste Waffe im wirtschaftlichen Kampfe, ihre Anwendung würde sich gerade im jetzigen Augenblick gegen die Arbeiter selbst richten. Umsonst, als Terrorismus Gewalt, Hunger und Elend die Begleiterscheinungen sein würden. Wir lehnen jede Gemeinschaft mit solchen Absichten als ein Verbrechen am Volk und an der Arbeiterschaft ab.

Nachdem sich die politische Umwandlung zu Gunsten der Arbeiterschaft vollzogen hat, und die Neugestaltung des Wirtschaftslebens angebahnt wurde, ist für uns gewissenhafte Pflichterfüllung und hingebende Arbeit zum Wohl des Ganzen das Gebot der Stunde.

D. P. C. Oberpräsident Lippmann. An Stelle des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis ist als Oberpräsident für die Provinz Pommern der Deutsch-demokratische Abg. Justizrat Lippmann in Stettin in Aussicht genommen. Gerade die Provinz Pommern hat bisher nur stets hochkonservative Oberpräsidenten gekannt. Seit vielen Jahrzehnten hat in dieser nach dem früheren Oberpräsidenten v. Puttkamer im Volksmund Puttkamerer genannt Provinz niemals ein Oberpräsident gewaltet, der auch nur im allerentferntesten liberaler Gesinnung verdächtig war. Justizrat Lippmann steht im Alter von 55 Jahren. Ein geborener Westpreuße, lebt er seit 1892 als Rechtsanwält in Stettin. Er war Mitglied des Abgeordnetenhauses für Stettin seit 1903 und wurde für den Wahlbezirk Pommern sowohl in die Nationalversammlung, wie in die Preussische Landesversammlung gewählt. Er lehnte jedoch das Mandat für die Landesversammlung ab.

Befugung des Ministeriums des Innern über das polizeiliche Meldewesen.

Vom 24. Februar 1919.

Der § 4 der Meldepolizeiordnung vom 30. Dezember 1913 (R.g.-Bl. S. 353) erhält mit sofortiger Wirkung nachstehende Fassung:

§ 4.

Wirte und andere Personen, die Gäste gegen Entgelt zu beherbergen pflegen, haben über die bei ihnen übernachtenden Personen fortlaufende Verzeichnisse in Form eines Fremdenbuchs zu führen, worin der Tag der Aufnahme und der Abreise, Geschlechtsname (bei Frauen auch Mädchennamen), Vorname, Personenstand, Beruf, Geburtstag und Geburtsort, Wohnort und Staatsangehörigkeit jedes Übernachtenden einzutragen sind.

Jedem Gast ist alsbald nach seiner Ankunft das Fremdenbuch mit der Aufforderung vorzulegen, die vorgeschriebenen Einträge selbst zu vollziehen. Von deren vollständiger, leserlicher Ausführung ist die entgeltliche Aufnahme abhängig zu machen. Einträge durch einen Mitreisenden oder den Wirt sind nur für Kinder unter 14 Jahren und für Personen zulässig, die schreibunkundig oder durch Krankheit oder Gebrechen am Schreiben verhindert sind; in solchen Fällen ist kenntlich zu machen, daß es sich um eine stellvertretende Ausfüllung handelt.

An Stelle des Fremdenbuchs können den Gästen lose Aufnahmesettel (Anmeldezettel) zur Ausfüllung vorgelegt werden; auf Anordnung der Ortspolizeibehörde muß dies geschehen. In diesem Falle sind die Einträge in das Fremdenbuch vom Gastwirt alsbald zu vollziehen.

Das Fremdenbuch oder Ausfüllungsdar aus sind der Ortspolizeibehörde in regelmäßiger, von ihr zu bestimmender Wiederkehr vorzulegen.

Die Fremdenbücher und gegebenenfalls die Aufnahmesettel sind mindestens 2 Jahre lang, letztere nach dem zeitlichen Anfall geordnet, aufzubewahren und bei der Geschäftsaufgabe dem Nachfolger, bei Geschäftsaufgabe der Ortspolizeibehörde zu übergeben.

Diese Vorschriften gelten auch für private Krankenhäuser und Erholungsheime, soweit es sich um die Aufnahme von in der Gemeinde nicht ansässigen Personen handelt. Erleichterungen, insbesondere für Krankenhäuser, die ausschließlich oder überwiegend bettlägerige Kranke aufnehmen, können durch oberamtliche Anordnung widerruflich zugelassen werden. Ortspolizeiliche Vorschriften, die mit vorstehenden Bestimmungen in Widerspruch stehen, treten außer Kraft.

Stuttgart, den 24. Februar 1919.

Studemann.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

Fernsprechanschluß Nr. 140.
(Im Lebensmittelamt)
Kostenlose Stellenermittlung.

Zum sofortigen Eintritt werden gesucht:

a.) **Männlich:** Möbelschreiner, Expedient, Hausdiener, Kellerbursche.

b.) **Weiblich:** Köchin, Dienstmädchen.

Stellen suchen: Zimmermädchen, Servierfräulein, Saalwärter, Pflegerfräulein (in der 1. Fremdenb. im), Kassierin, Wäsche, Putz- u. Monatsfrau.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag, den 30. März 1919 werden die Kriegsbeschädigten und Kriegervitwen von Sprossenhaus und Nonnenmisch zu einer Besprechung im Gasth. zur Krone in Sprossenhaus herzlich eingeladen.

Es ist mir gelungen, noch einige hundert Meter

Wollstoffe

140 cm. breit a. 28.50 per Mtr.

zu erwerben.

Diese Ware stammt aus ganz vorzüglichem Material, und eignet sich ganz besonders für Poppen und Westen-Damen-Herren u. Kinder-Mäntel, Jacken Pelereien, Ober- und Unterröcken

Bett- und Reisedecken

Eingegangen sind ferner

130 cm. breite Stoffstoffe a. 30.50

Ph. Bosch, Wildbad

Telefon Nr. 32

Frisch gewässerte

Stockfische

empfiehlt

Adolf Blumenthal.

Fuss-Abstreifer

aus hartem Buchenholz, als Ersatz für Fußmatten, empfiehlt per Stück Mk. 2.50 und Mk. 3.

Robert Treiber.

Druck und Verlag der B. Göttemann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich E. Reithardt, a. d. B. 111.

Wildbad

Zu unserer am

Samstag, den 29. März 1919

im Gasthaus zur Sonne

stattfindenden

Hochzeitsfeier

erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte abends zu einem Glas Wein höflich einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen

Karl Bolt
Luise Treiber.

Zur Frühjahrsbestellung empfehle in nur prima Saatgut

Stangenbohnen, Buschbohnen

in div. Sorten, sowie

Carotten, Zwiebel, Mangold

und sonstige Gemüsesamereien.

Martin Gauß Gärtner.

Leder

kranz

Wildbad.

Heute Freitag abend

„ungstunde“

im Lokal

Der Vorstand.

Zwei einfache

Fräulein,

28 und 19 Jahre alt, suchen Stellung in Ladengeschäft. Offerte und Zeugnisabschriften liegen bei der Exped. ds. Bl. zur gefl. Einsicht auf. [272]

Ein kleiner Posten selbst graues

Tuch,

sowie sehr starker, grauer

Stoff,

für Anzüge und Hosen, ist etw. offen und kommt derselbe zu dem mir, vom Reichsamt vorgeschriebenen Preis zum Verkauf bei

Robert Hievinger,
Schneidermstr.

Ein gebrauchtes

Fahrrad

hat zu verkaufen. [271]

Zu erfragen in der Exped.

Dr. Hözles

Krampfhusten - Tropfen

sind vorrätig

in allen Apotheken